



An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Dieter Reiter
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

München, 09.03.2021

**Anfrage:
Initiative Kinderschutz im Jugendamt: Kinder und Jugendliche brauchen auch
während der Pandemie Hilfe und Schutz**

Die Existenz von Misshandlungen und sexuellem Missbrauch von Kinder und Jugendlichen innerhalb der Familien ist grundsätzlich eine traurige Tatsache. Nach Einschätzung von Fachleuten ist die Wahrscheinlichkeit des Auftretens durch die Belastungen der Familien im Corona-Lockdowns erhöht und gleichzeitig durch die Schließung von Bildungs-, Erziehungs- und Freizeiteinrichtungen die Wahrscheinlichkeit, dass die Übergriffe entdeckt werden, deutlich geringer.

Sowohl von Inobhutnahme-Einrichtungen als auch von anderen Einrichtungen der stationären Kinder- und Jugendhilfe in München werden mitunter dramatische Einbrüche in den Belegungszahlen verzeichnet, die bereits zu erheblichen finanziellen Defiziten, Kurzarbeit und Schließungen geführt haben (z. B. SZ-Artikel vom 06.02.21; „Wo sind die Kinder?“)¹. Zuweiser für diese Einrichtungen ist das Jugendamt.

Die Kinder- und Jugendpsychiatrien hingegen sind lt. Angaben von Mitarbeiter*innen überfüllt, bereits vorher bestehende Kapazitäts- und Strukturprobleme seien durch den Lockdown nochmal deutlich verschärft, die Aufenthaltsdauer habe sich deutlich verkürzt. Telefonhotlines wie z. B. „Die Nummer gegen Kummer“ berichten ebenfalls von einem deutlichen Anstieg der Beratungsanfragen und der Notwendigkeit einer Ausweitung des Angebots während des Lockdowns (Bayerisches Fernsehen, Abendschau 05.02.21).

Wie passt das zu dem erheblichen Rückgang der Belegungszahlen in der stationären Kinder- und Jugendhilfe in München? Lt. einer Aussage von Frau Alexandra Schreiner-Hirsch (Bayerischer Kinderschutzbund) in einem Interview vom Bayerischen Fernsehen (Abendschau 05.02.21)² werden in der Regel ca. 60 % der Kindeswohlgefährdungen von Lehrer*innen, Erzieher*innen und Ärzt*innen gemeldet. Das bedeutet, dass bereits vor dem Lockdown klar war, dass ein Großteil der Melder*innen im Lockdown wegfallen werden. Aufgabe des Jugendamts/Sozialreferats muss sein, dieses Fehlen einer großen Melder*innengruppe mit geeigneten Maßnahmen zu kompensieren.

Lt. Aussage von Frau Schiwy (Bayerisches Fernsehen, Abendschau 05.02.21) werde mit bekannten Familien Kontakt über Videokonferenzen, Telefonate, Messengerdienste, Spaziergang etc. gehalten. Dies scheint vor dem Hintergrund leerer Inobhutnahmestellen und unterbelegter Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen bei weitem keine ausreichende Strategie zu sein.

¹ <https://www.sueddeutsche.de/muenchen/muenchen-schutzhaeuser-corona-gewalt-minderjaehrige-1.5196784>

² <https://www.br.de/mediathek/video/im-gespraech-haeusliche-gewalt-an-kindern-av:601d8177b617ba001a54ab5f>

Beschäftigte in stationären Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen in München berichten uns zudem, dass sich die Zusammenarbeit mit Jugendamtsmitarbeiter*innen im Lockdown teilweise sehr verschlechtert habe. Es sei abhängig von der zuständigen Sachbearbeiter*in, ob auch im Lockdown z. B. Hilfeplangespräche stattfinden würden. Eine leider nicht unerhebliche Anzahl von Jugendamtsmitarbeiter*innen habe sich komplett zurückgezogen, der dringend notwendige Austausch sei dadurch erheblich eingeschränkt. So würden z. B. auch Wechsel in der Zuständigkeit nicht mehr zuverlässig kommuniziert, d. h. es ist für Einrichtungen oft unklar, wer überhaupt Ansprechpartner im Jugendamt für einen Fall ist.

Wir fordern die Stadt München auf, die Situation umgehend zu analysieren und schnellstmöglich angemessene Konzepte zum wirksamen Kinderschutz und Zusammenarbeit mit den Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen zu entwickeln und umzusetzen.

Wir bitten deshalb den Oberbürgermeister um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Auf welcher fachlichen Basis begründet das Jugendamt, dass die genannten Maßnahmen wie Telefonate etc. annähernd ausreichend sind, um Gefährdungsfälle (z. B. auch bisher unbekannte Familien, kleine Kinder, Kinder/Jugendliche ohne ausreichenden technischen Zugang bzw. räumliche Möglichkeiten) zu identifizieren?
2. Wie viele Mitarbeiter*innen des Jugendamtes, die vorher unmittelbar aufsuchend tätig waren, arbeiten seit dem Lockdown im Homeoffice? Wie hat sich seit diesem Zeitpunkt die unmittelbar aufsuchende Arbeit entwickelt? Folgerichtig wäre im Lockdown nach unserer Ansicht eine Erhöhung der unmittelbar aufsuchenden Arbeit mit angemessener Schutzausrüstung und keine Reduzierung.
3. Womit wird begründet, dass im Gegensatz zu Gesundheitswesen, Polizei, Rettungsdienste etc. Mitarbeiter*innen des Jugendamtes auf Homeoffice umstellen können/müssen? Wie wird gewährleistet, dass das Jugendamt seiner Wächterfunktion gerecht wird?
4. Welche konkreten, realistischen und schnell umsetzbaren Konzepte sind geplant, um die Meldekettens wiederherzustellen, außerhalb der bereits üblichen Meldungen aus der Bevölkerung?
5. Welche gezielten digitalen Kommunikationsmaßnahmen zu Hilfsangeboten für Kinder und Jugendliche werden durchgeführt, wie werden sie angenommen und werden sie im Rahmen der sinkenden Fallzahlen aus ausreichend einschätzt? (bspw. gezielte und ansprechende Anzeigen in den sozialen Medien o.ä.)
6. Wie werden die Einrichtungen der stationären Kinder- und Jugendhilfe durch die LH München konkret unterstützt, um nicht aufgrund der eingebrochenen Belegungszahlen in finanzielle Schwierigkeiten zu geraten?
7. Mit welcher Begründung werden niederschwellige Angebote für Kinder und Jugendliche wie Kinder- und Jugendtreffs, Freizeiteinrichtungen etc. nicht in ausreichendem Maß wiedereröffnet?
8. Plant die LH München zusätzliche Möglichkeiten niederschwelliger Angebote, um Belastungssituationen in Familien entgegenzuwirken, z. B. zur Homeschooling-Betreuung etc? (Hygienekonzepte, Schutzausrüstungen und Schnelltests sind inzwischen ausreichend vorhanden.)

Initiative:

Tobias Ruff

Hans-Peter Mehling

Rudolf Schabl

Fraktionsvorsitzender

Bildungspolitischer Sprecher

Kinder- und Jugendpolitischer Sprecher